

Protokolleintrag vom 15.12.2004

2004/666

Postulat von Dr. Ueli Nagel (Grüne) vom 15.12.2004: UMTS-Mobilfunkantennen, vermehrte Nachkontrollen

Von Dr. Ueli Nagel (Grüne) ist am 15.12.2004 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, ab 2005 vermehrte (unangemeldete) Nachkontrollen bei den neu bewilligten und nachgerüsteten Mobilfunkantennen durchzuführen, bzw. zu veranlassen. Dabei soll auch, in Absprache mit dem Kanton, das Rathaus als ein OMEN (Ort mit empfindlicher Nutzung) in die Messungen einbezogen werden.

Begründung:

In seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage von Balthasar Glättli (Grüne) und Mitunterzeichnenden (GR Nr. 2004/110) schreibt der Stadtrat, dass „die Stadt Zürich – wie auch der Kanton – bis anhin auf periodische unangemeldete Messungen verzichtet, zumal solche sehr aufwändig wären“. Im Jahr 2004 sind jedoch für die Einführung des neuen Mobilfunksystems UMTS in der Stadt Zürich besonders viele Antennen neu aufgestellt oder nachgerüstet worden. Die gesundheitlichen Gefahren der gepulsten nichtionisierenden Strahlung (NIS), welche für die Mobiltelefonie der neueren Generationen eingesetzt werden, sind immer noch zu wenig erforscht. Die Forschung ist sich einig, dass neben den thermischen Wirkungen auch biologische Effekte zu beachten sind, deren Gefährlichkeit jedoch unterschiedlich eingeschätzt wird. Als ergänzende Massnahmen zum angestrebten Moratorium von Mobilfunkantennen (vgl. Postulat Nagel/Furter, GR Nr. 2004/104) sind daher in dieser Situation vermehrte unangemeldete Messungen als Nachkontrollen an besonders exponierten Antennenstandorten sinnvoll und nötig.

Gemäss Auskunft der zuständigen Fachleute im GUD sind solche Messungen aufwändig und müssen an spezialisierte Institute vergeben werden. Gemäss der Aussage des GUD-Vorstehers Robert Neukomm in der Budgetdebatte vom 8.12.04 sind Gespräche im Gange, um solche Nachmessungen durch Kostenübernahme der Mobilfunkanbieter im Rahmen des bewilligten Budgets 2005 durchführen zu können. Auch ein Vertreter der Firma Orange begrüsst im Gespräch mit Gemeinderäten unabhängige Messungen der Mobilfunk-Immissionen ausdrücklich.